

Sehr geehrter Herr Kultusminister Schwarz, sehr geehrte Schulleitungen,

das „Landeskommando Hessen der Bundeswehr“ hat sich zusammen mit ihrem „Karrierecenter Mainz“ an die hessischen Schulen gewandt, um Lehrkräfte mit ihrer Schülerschaft zum Hessentag in Bad Vilbel einzuladen, wo die Bundeswehr „sowohl ihren Auftrag als auch einen Ausschnitt ihrer Fähigkeiten und Ausrüstung vorstellen“ will. Der Brief wirbt offen mit einem Rundgang, bei dem Kinder die „Gerätschaften“ (!) der „Bundeswehr“ kennenlernen können und für diese als einen der „größten Arbeitgeber Deutschlands“ begeistert werden sollen.

Mit Entsetzen haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich diese Einladung bereits an Kinder ab der 8. Klasse, also an 13- bis 14-Jährige, richtet!

Wir halten die Präsenz der „Bundeswehr“ auf einem fröhlichen Volksfest wie dem Hessentag grundsätzlich für unangemessen. Welche Haltung man auch immer zum Militär hat: Es ist in jedem Fall eine geschmacklose Verharmlosung von Waffengewalt, wenn Panzer und anderes Kriegsgerät zur Unterhaltung von Feiernden dienen und ausgerechnet hier für den Kriegsdienst geworben werden soll.

Völlig inakzeptabel und skandalös ist es, wenn explizit Kinder zu Waffenschauen eingeladen und für das Militär angeworben werden sollen.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der die Fortschritte bei der Einhaltung der Kinderrechte regelmäßig prüft, kritisiert Deutschland diesbezüglich immer wieder:

„Unter Hinweis auf seine vorherigen Empfehlungen fordert der Ausschuss [gemeint: der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen] die Vertragspartei [Deutschland] nachdrücklich dazu auf, ihren Standpunkt bezüglich des Mindestalters für die freiwillige Verpflichtung bei den Streitkräften zu überdenken und empfiehlt der Vertragspartei: (a) das Mindestalter für die freiwillige Verpflichtung bei den Streitkräften auf 18 Jahre anzuheben und alle Formen der auf Kinder ausgerichteten Werbung oder Vermarktung des Militärdienstes zu verbieten, insbesondere an Schulen;“¹

Das fortdauernde Ignorieren dieser Hinweise der Vereinten Nationen seitens der „Bundeswehr“ bedauern wir sehr und fordern Sie, sehr geehrter Herr Schwarz, daher eindringlich auf:

Verbieten Sie die Rekrutierungsversuche gegenüber Minderjährigen. Wenn die „Bundeswehr“ auf dem Hessentag zu Gast ist und von Schüler*innen besucht wird, so sollte dieses Angebot wenigstens nur an volljährige Jugendliche der Oberstufen gerichtet sein.

Da die beworbene Veranstaltung sich auch als Bildungsangebot zum Thema Sicherheitspolitik inszeniert, ist zudem der Beutelsbacher Konsens einzuhalten. Gemäß dem hier vereinbarten sog. Kontroversitätsgebot wären Lehrkräfte, die mit ihren (erwachsenen) Schüler:innen die Einladung der „Bundeswehr“ annehmen, verpflichtet, der Darstellung alternativer friedenspolitischer Konzepte einen ebenso großen Raum im Unterricht zu widmen, indem z.B. auch ein Gast aus Organisationen wie der DFG-VK o.ä. eingeladen wird.

Wir, die DFG-VK, die älteste deutsche Friedensorganisation, stehen für solche Besuche zur Verfügung und diskutieren mit Jugendlichen Konzepte einer zivilen Sicherheitspolitik. Senden Sie uns bei Interesse bitte das angehängte Formular mit ihren Wünschen zurück (siehe Anlage).

¹ Abschlussbericht des UN-Kinderrechtsausschusses von 2022, CRC/C/VNM/CO/5-6

Wir appellieren an Sie, sehr geehrte Schulleitungen, sehr geehrte Lehrkräfte, ihre Verantwortung gegenüber ihren Schutzbefohlenen wahrzunehmen. Die „Bundeswehr“ bietet zwar ohne Zweifel zahlreiche Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, diese sind jedoch mit einer Verpflichtung als Zeitsoldat:in verknüpft und somit mit dem Risiko des Tötens und Sterbens sowie der Traumatisierung im Kriegsdienst. Dies darf Jugendlichen gegenüber nicht verschleiert werden. Insbesondere den Leistungsschwächeren gegenüber nicht, die Sorgen um ihre berufliche Zukunft haben und leicht mit finanziell attraktiven Angeboten zu verführen sind. Nicht umsonst richtet sich die zitierte Einladung der „Bundeswehr“ vermutlich schon an die 8. Klassen, um nämlich besonders diejenigen noch zu erreichen, die schon im Folgejahr mit dem Hauptschulabschluss die Schule verlassen werden und vor einem schwierigen Übergang in den Beruf stehen. Das ist perfide! Diese Kinder müssen wissen: Angehörige der „Bundeswehr“ verzichten bei Dienstantritt auf wesentliche Grundrechte wie das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit. Die freie Meinungs- und Willensbildung wird beschränkt, Gehorsamsverweigerung wird bestraft. **Daher ist das Soldatsein weder ein Beruf wie jeder andere, noch die „Bundeswehr“ ein ganz normaler Arbeitgeber.** Militärdienste sind kein harmloses Abenteuer, wie es z.B. auch die „Bundeswehr“ - YouTube-Serie „Die Rekruten“ in erschreckender Weise Jugendlichen zu vermitteln versucht hat.

Ob man Berufssoldat:in werden möchte und das oben Genannte in Kauf nehmen will, ist vielmehr eine mit großem Ernst zu behandelnde Frage, die daher nichts auf einem Volksfest zu suchen hat! Es ist eine politisch, ethisch, und auch persönlich äußerst schwierige Entscheidung. Um sie zu treffen, sollte man erstens erwachsen sein und sich zweitens von verschiedenen Seiten unabhängig und umfassend informiert haben.

Wir senden Ihnen freundliche Grüße und erinnern an unsere hessische Verfassung, auf die wir stolz sein können und die wir ernst nehmen sollten:

Artikel 69:

(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.



(Anlage)

An:
DFG-VK Frankfurt
Wittelsbacherallee 27
60316 Frankfurt
Deutschland

Email: dfgvkffm@t-online.de

Wir wünschen uns einen Besuch von einer sachverständigen Person der DFG-VK zur Unterstützung unserer schulischen Friedensbildung.

Schule: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon: _____

Email: _____

Jahrgangsstufe (alles möglich): _____

Anzahl der Kinder/ Jugendlichen: _____

Gewünschter Umfang der Veranstaltung:

- eine Doppelstunde
- ein Vormittag

Rahmen (z.B. PoWi- oder Ethikunterricht, Projektwoche, ...): _____

Wunschtermine: _____

Wir interessieren uns für folgendes Thema im Rahmen unseres Curriculums besonders:

- Fragen zu aktuellen Krisen und Kriegen, besonders: _____
- Formen der Konfliktbearbeitung, militärisch – zivil
- Atomwaffen: Wirkung und Abschreckung
- Imperialität, Geostrategie
- Frieden und Sicherheit – unterschiedliche Verständnisse
- Friedensbestrebungen, historisch: Völkerrecht, UNO, Rüstungsbegrenzung, Abrüstung
- Friedensbewegung, zeitgeschichtlich und aktuell; Vorstellung der DFG-VK
- Menschenrecht Kriegsdienstverweigerung
- mögliche Wehrpflicht, allgemeine Dienstpflichten
- Sprechen über Ängste vor „Krieg in Europa“
- Sonstiges: _____

Unterschrift: _____